

Direkte Demokratie ist nicht gratis zu haben

Es gibt in der Schweiz einen schwer unverständlichen Widerspruch zwischen dem tiefen Ansehen der politischen Parteien in der Bevölkerung und ihrer wahren Bedeutung für die Demokratie, auf die die gleiche Bevölkerung so stolz ist. Dieser Widerspruch erklärt, warum die Parteien vom Staat, dem sie dienen, nicht finanziert werden, was wiederum der Demokratie schadet.

Von Hans-Jürg Fehr

Die SP Schweiz kam stark überschuldet aus dem Wahljahr 1999. Die Ursachenanalyse brachte eine zentrale Erkenntnis zum Vorschein: Die Partei kann bei sorgfältiger Haushaltsführung mit ihren normalen Einkommensquellen (Mitgliederbeiträge, Mandatssteuern) zwar ihren Betrieb finanzieren, nicht aber Abstimmungskampagnen. Dafür steht kein Rappen zur Verfügung!

Nun sind in der direkten schweizerischen Demokratie Abstimmungen ebenso wichtig wie zahlreich; eine Partei, die nicht in der Lage ist, Abstimmungskämpfe zu führen, glänzt auf dem „centre court“ schweizerischer Politik durch Abwesenheit. Dieses Manko wiegt umso schwerer als zur Kampagnenfähigkeit auch die Fähigkeit gehört, Referenden zu ergreifen und Volksinitiativen zu lancieren, also reaktiv oder proaktiv zu versuchen, der Politik den eigenen Stempel aufzudrücken.

Direkte Demokratie ist nicht gratis zu haben. Für eine Volksinitiative 100'000 gültige Unterschriften zu sammeln kostet heute ungefähr 200'000 Franken (zur Hauptsache Druck- und Portokosten). Eine Abstimmungskampagne landesweit und dreisprachig so zu führen, dass sie im medialen Raum sichtbar ist, kostet im Minimum eine Million Franken. Da es in der Schweiz jedes Jahr aber nicht bloss eine Volksabstimmung gibt, sondern viele, müsste eine politische Partei über ein Kampagnenbudget von mehreren Millionen Franken verfügen, um bei den ihr wichtigen Sachabstimmungen Flagge zeigen zu können. In Tat und Wahrheit verfügen die politischen Parteien in der Schweiz über keinerlei finanzielle Vorräte für Kampagnen. Da sie aber nicht einfach auf der direktdemokratischen Tauchstation verharren können und wollen, machen sie sich auf die Suche nach zusätzlichem Geld. Dafür gibt es eine bürgerliche Methode und eine sozialdemokratische.

Knappheit oder Abhängigkeit

Die SP Schweiz begann im Jahr 2001 mit dem systematischen Aufbau eines Fundraisings, das heisst mit professionellem Spendensammeln ausserhalb der eigenen Mitgliedschaft. Das aufwändige Verfahren beschert ihr jährlich eine knappe Million Franken zu Kampagnezwecken, gespendet von zehntausenden von Personen. Wie weit man kommt mit einer Million, zeigt der Vergleich mit dem oben geschilderten Anforderungsprofil der direkten Demokratie: Nicht weit. Die SP ist daher gezwungen, sich entweder auf eine einzige Abstimmung zu konzentrieren und so sichtbar aufzutreten zu können oder die Mittel aufzuteilen auf mehrere Abstimmungen und so massiv an Sichtbarkeit einzubüssen. Es ist offenkundig, dass das eine Scheinwahl ist, denn eine Partei möchte natürlich bei allen ihr wichtigen Abstimmungen, wahrnehmbar sein, nicht nur bei einer. So erfolgreich die SP also war und ist mit ihrem Fundraising, so schmerzhaft spürt sie dessen enge Grenzen.

Der bürgerlichen Parteien beschaffen sich die Mittel für politische Kampagnen bei der Wirtschaft. Wie das funktioniert, hat das SP-Präsidium einmal vom VR-Präsidenten der

Crédit suisse erfahren: Die Grossbank erstellt ein Rating, das die Bankenfreundlichkeit der bürgerlichen Mitglieder des Bundesparlaments ermittelt. Die Nähe zu den Banken wird belohnt mit entsprechenden finanziellen Zuwendungen an FDP, CVP und SVP in der Höhe von hunderttausenden von Franken pro Jahr. Ähnlich läuft es bei den Versicherungen, bei der Pharmaindustrie und bei anderen potenten Wirtschaftskreisen. Wie viel Geld auf diesem Weg effektiv fliesst, ist ein gut gehütetes Geheimnis der Geber und Nehmerinnen. Klar ist dagegen, dass dieser Geldfluss Abhängigkeit erzeugt und Willfährigkeit: Wer politisch nicht spürt, wird auf Entzug gesetzt. Ein anschauliches Beispiel für diese Abhängigkeit, demonstrierte vor einigen Wochen die FDP der erstaunten Öffentlichkeit, als sie Nationalrat Werner Messmer aus der Gesundheitskommission ausschloss, weil er dort zu wenig die Interessen der Privatversicherer vertreten hatte.

### Zwei zentrale Forderungen

Aus demokratischer Sicht ist die Situation der bürgerlichen Parteien noch viel fragwürdiger als diejenige der SP. Für die Linkspartei resultiert aus den zu knappen Einkünften eine stark eingeschränkte Kampagnenfähigkeit, für die bürgerlichen Parteien der autonome Nachvollzug des Slogans „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“. Zu verschweigen, wessen Brot man isst, macht die Sache nur noch schlimmer, kommt doch zur Abhängigkeit noch die bewusste Täuschung und Irreführung der Stimm- und Wahlberechtigten hinzu.

Eine unserer direkten Demokratie entsprechende Parteienfinanzierung kommt um die Erfüllung zweier zentraler Postulate nicht herum: 1. Transparenz: Die Parteien müssen offen legen, woher ihre Einkünfte stammen. 2. Staatliche Abgeltung ihrer für das Funktionieren der direkten Demokratie unverzichtbaren Leistungen.